

Der Kampf gegen die Korruption: Gibt es noch Platz für NGOs?

Schmidt, Diana

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schmidt, D. (2006). Der Kampf gegen die Korruption: Gibt es noch Platz für NGOs? *Russland-Analysen*, 120, 18-20.
<https://doi.org/10.31205/RA.120.02>

Nutzungsbedingungen:

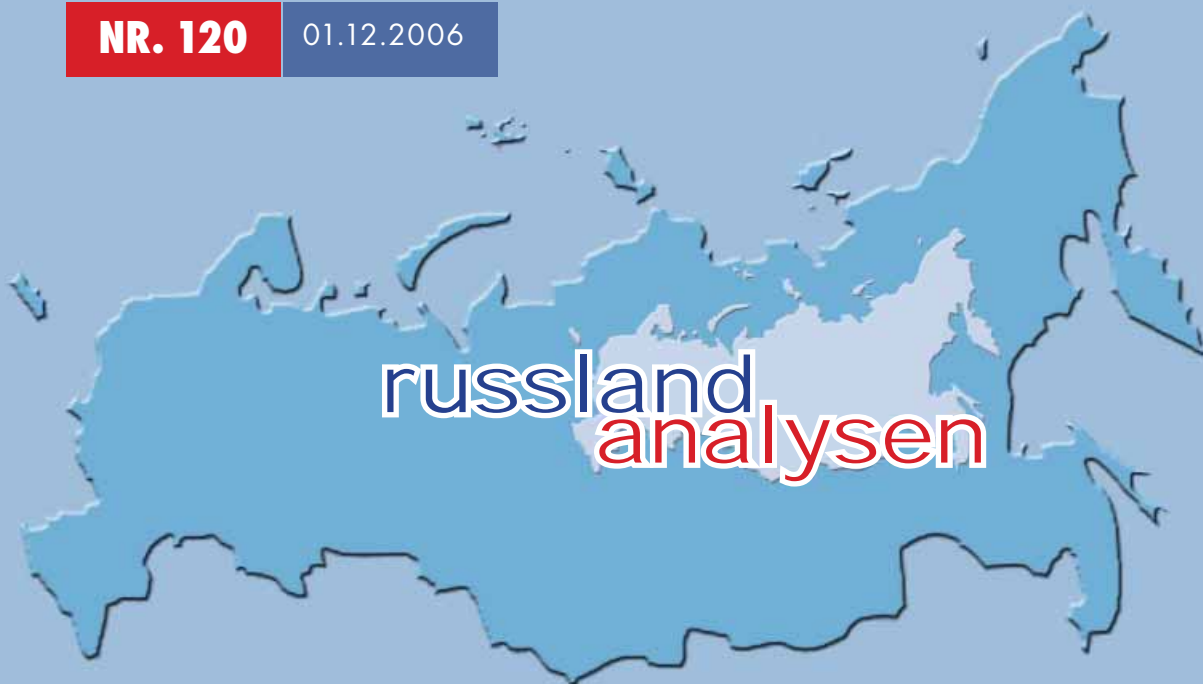
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



KORRUPTION

ANALYSE

Die Korruption bekämpfen – das Gesicht des Staates wahren.

Diana Schmidt, Bremen

2

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Russlands formales Antikorruptions-Engagement auf der internationalen Ebene

4

Korruption und Korruptionsbekämpfung im Blick der „Stiftung Öffentliche Meinung“

5

Ausmaß und Relevanz der Korruption nach Umfragen des Lewada-Zentrums

7

Das regierungsnahе Umfrageinstitut VCIOM über Korruption in Russland

10

Transparency International: Corruption Perceptions Index 2006

14

DOKUMENTATION

Einführende Worte Präsident Putins auf der Allrussischen Konferenz zur Koordinierung der Leiter der Rechtsschutzorgane

15

Die Korruption durchdringt alle Ebenen der Staatsmacht

17

ANALYSE

Der Kampf gegen die Korruption: Gibt es noch Platz für NGOs?

Diana Schmidt, Bremen

18

DOKUMENTATION

Initiativen gegen Korruption in Russland (online Portale)

20

CHRONIK

Vom 24. bis zum 30. November 2006

21



Analyse

Die Korruption bekämpfen – das Gesicht des Staates wahren

Diana Schmidt, Bremen

Zusammenfassung

In Russland hat Präsident Putin eine neue Kampagne gegen Kriminalität und Korruption ausgerufen. Sowohl Putin wie sein Generalstaatsanwalt Tschajka beklagen, dass die Korruption wächst und die Kontrollmechanismen versagen. Und sie fordern die Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen für Korruptionsprävention und die Implementierung der Antikorruptions-Konventionen von UN und Europarat. Die politische Führung reagiert damit auf ein wachsendes Unbehagen in der Gesellschaft. Ob die jetzt angekündigte Reform der Rechtsschutzorgane und des Justizwesens einen effektiven Ausgangspunkt für weitere Maßnahmen darstellt, bleibt abzuwarten.

Versagen beim Kampf gegen Korruption?

In Russland ist neuerlich ein Aufruf zur Bekämpfung von Kriminalität und Korruption ergangen. Am 21. November kritisierte Präsident Putin in einer Rede an die Leiter der Rechtsschutzorgane (siehe Seite 15) die anhaltende Ineffektivität des Rechtsschutzsystems. – eine Kritik, die um so schärfer ausfiel als während der letzten Jahre die Finanzierung verbessert, die Personalstärken erhöht wurden und Strukturverbesserungen erfolgt sind, das System insgesamt also verbessert worden ist. Eine Woche später stieß der Generalstaatsanwalt Juri Tschajka in dasselbe Horn (siehe Seite 17).

Beide Redner – Präsident wie Generalstaatsanwalt – hoben hervor, dass die Korruption wächst und die Kontrollmechanismen versagen, und sie forderten dringend die Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen für Korruptionsprävention. Diese Aufgabe decke sich mit der Verpflichtung, die Antikorruptions-Konventionen von UN und Europarat zu implementieren, die Russland in diesem Jahr ratifiziert hat. Es sei auch notwendig, die Beamte der Rechtsschutzbehörden und die Richter bei ihrer Arbeit sowohl zu schützen als auch zu disziplinieren. Tschajka wies auch darauf hin, dass in Anbetracht einer systemischen Korruption der Kampf gegen die Korruption nicht als einmalige Anstrengung betrachtet werden darf, sondern als kontinuierliche und gemeinsame Bemühung, die sowohl den Staat als auch die Gesellschaft einbezieht, und der keinerlei Pausen oder Nachsicht duldet.

Hat die Putin-Administration versagt?

Das Eingeständnis des Versagens des Staates beim Kampf gegen die Korruption provoziert die Frage danach, was die Putin-Administration auf diesem Gebiet eigentlich getan hat. Putin hatte Russlands Korruptionsprobleme gleich zu Anfang seiner Präsidentschaft benannt und seine Verpflichtung zur Bekämpfung der Korruption betont.

Seitdem hat Russland auf internationaler Ebene

die wichtigsten internationalen Konventionen im Jahresrhythmus ratifiziert (siehe Übersicht Seite 4), es hat sich um Beitritt zur OECD-Konvention gegen die Bestechung und um Teilnahme an der OECD-Arbeitsgruppe zur Bestechung bemüht, obwohl es selber nicht Mitglied der OECD ist, und gehört dem regionalen Antikorruptionsnetzwerk ACN an, so dass es auch am Istanbuler Aktionsplan gegen die Korruption beteiligt ist. Allerdings hat Russland sich bisher nicht an dem Monitoring der Implementierung der Maßnahmen beteiligt, wie es vom ACN vorgesehen ist, und kein Engagement für das Netzwerk als solches gezeigt. In der Praxis sind russische Aktivitäten im übrigen durchaus kontrovers – z.B. der offizielle Beistand für russische UN-Beamte, die im Zusammenhang mit dem Öl-für-Nahrungsmittel-Programm der UN verurteilt wurden.

In Russland selber ist der Kampf gegen Korruption ebenfalls nicht wirklich vorangekommen. Gewiss ist die Verwaltungsreform im Rahmen der Restrukturierung föderaler Behörden und regionaler Verwaltungen vorangetrieben worden. Das geschah auch mit der Begründung, dass Korruption, illegaler Handel und Patronage reduziert werden sollen. Allerdings kritisieren russische Antikorruptionsaktivisten ihrerseits die Stagnation gerade der Verwaltungsreform. Insgesamt werden Bemühungen nur sporadisch unternommen, während ein oft gefordertes spezifisches Antikorruptionsprogramm nicht entwickelt wurde. Umfragen zufolge wird der Kampf gegen die Korruption als einer der größten Misserfolge von Präsident Putin angesehen (siehe Tabelle Seite 8).

Das Jahr 2006: Eine neue Phase der Korruptionsbekämpfung?

Erst 2005 gestand die russische Führung offiziell ein, dass die Korruption während der Putin-Ära gewachsen und diversifiziert ist. Das geschah in Reaktion auf Presseberichte über aus- und inländische Bewertungen der Korruption in Russland. Eine große

Rolle spielten dabei der Corruption-Perception-Index (CPI) 2005 von Transparency International und die Untersuchungen des russischen *think tank* INDEM.

Insofern mußte sich die russische Regierung mit diesem Problem neuerlich beschäftigen. So wurde 2006 als wichtiges Jahr im Kampf der Duma gegen die Korruption angekündigt. Präsident Putin gestand in seiner Rede an die Nation 2006 ein, dass „wir es trotz aller unserer Anstrengungen nicht geschafft haben, eines der größten Hindernisse für unsere Entwicklung, die Korruption, zu beseitigen“. Auf dem 10. Internationalen Business-Forum in St. Petersburg im Juni 2006 betonte der Präsident in seiner Eröffnungsrede wiederum die Notwendigkeit von Maßnahmen gegen die Korruption und sagte, dass „es nicht leicht ist, diese negativen Praktiken zu bekämpfen ... wir haben aber den Kampf gegen die Korruption niemals eingestellt und beabsichtigen, ihn auf Dauer fortzusetzen“.

Antikorruptionspolitik 2006

Tatsächlich sind in diesem Jahr eine ganze Reihe von Regierungsmaßnahmen gegen die Korruption implementiert worden. Allerdings ist nicht immer klar, was diese Maßnahmen bezwecken. Russlands Ratifizierung der UN-Konvention gegen die Korruption (UNCAC) im Februar 2006 ist nur ein Beispiel für einen positiven Schritt. Er wurde von einem Eingeständnis des Problems auf höchster Regierungsebene und direkten Schuldzuweisungen begleitet wird. Doch diese Schuldzuweisungen, die gegen korruptionsanfällige Teile der Gesellschaft gerichtet (z.B. den Zoll, nicht näher benannte Gruppen von Geschäftsleuten und Beamten oder – ganz allgemein – „Russlands südliche Gebiete“), werden oft genug von internen Machtkämpfen und individuellen Motiven diktiert.

Neue Führung in der Generalstaatsanwaltschaft

Präsident Putin und der damalige Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow betrieben eine neue Serie von Korruptionsuntersuchungen, die sich gegen höhere Beamte in den Sicherheitsdiensten, im Justizwesen und im Zoll wie auch gegen regionale Spitzenpolitiker richteten. Als der ehemalige Justizminister Tschajka das Amt im Juni 2006 von Ustinow übernahm, lobte er das Potenzial der Generalstaatsanwaltschaft, hinsichtlich seiner prinzipiellen Funktionen und des politischen Willens die Korruption zu bekämpfen, gestand aber Reformbedarf ein. Tschajka feuerte zum Einstand mehrere Staatsanwälte wegen Korruption oder Inkompetenz. Darunter war auch der Oberste Militärstaatsanwalt Alexander Sawenkow, dessen Entlassung unter Aktivisten für die Rechte der

Soldaten Bestürzung auslöste, da Sawenkow als qualifiziert und fair galt, sich um die Untersuchung von Verbrechen in der Armee bemühte und öffentlich Verteidigungsminister Sergei Iwanow für sein Versagen kritisiert hatte, die Soldatenschinderei in der Armee zu eliminieren.

Tschajka und Putin haben in ihren neuesten Reden angekündigt, dass die Korruptionsbekämpfung im Bereich der Rechtsschutzorgane vorangetrieben soll. U.a. will man die Überwachungs- und Koordinierungsfunktionen der Generalstaatsanwaltschaft verstärken, ein Gesetz über die Staatsanwaltschaft einbringen und das föderale Programm „Die Entwicklung des russischen Justizsystems 2007–2011“ implementieren, welches u. a. eine interne Reform des Justizwesens und besseren öffentlichen Zugang zum Justizsystem vorsieht.

Wirkliche Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung?

Seit dem Erscheinen des Corruption-Perception-Index (CPI) 2005 von Transparency International am 6. November mit seiner verheerenden Bewertung Russlands, werden der Generalstaatsanwalt und sein neuer Stellvertreter Alexander Buksman nicht müde, die beeindruckenden Resultate der neuen Antikorruptionskampagne zu preisen: Mehr als 47.000 Verletzungen der Beamtengesetze und ca. 600 Straftaten mit Korruptionsbezug sind aufgedeckt und ungefähr 2.700 staatliche und municipale Beamte zur Verantwortung gezogen worden. Trotz dieser beeindruckenden Zahlen sind – so Tschajka – die Maßnahmen gegen die Korruption immer noch unzureichend. Eine beunruhigende Menge von „Korruptionären“ (*korruptionery*) sei immer noch nicht gefasst, insbesondere auf der unteren Ebene der staatlichen Strukturen, in regionalen und städtischen Verwaltungen, wie auch innerhalb des Rechtsschutzsystems und des Justizwesens selbst.

Im übrigen muss angemerkt werden, dass außer den oben erwähnten beeindruckenden Zahlen wenig über Untersuchungsprozeduren und Folgemaßnahmen bekannt ist. Putin hat in seiner Rede wenigstens das Vorhandensein eines wohlbekanntes Problems eingestanden: Nur die Hälfte der angezeigten Verbrechen wird auch aufgeklärt.

Es hat auch subtilere Maßnahmen gegeben, die in der (ausländischen) Presseberichterstattung wenig wahrgenommen werden, während im Lande ein breiteres Medienspektrum eingesetzt wird. Beispielsweise hat die Zeitschrift des Justizministeriums, *Tschelowe i sakon* (Der Mensch und das Gesetz) einen Antikorruptionswettbewerb für Journalisten lanciert. Seit Februar 2006 strahlt der staatseigene Radiosender *Radio Rossii* samstags eine Serie aus, die gewöhnliche Bürger, die

mit Fragen anrufen können, und wichtige Abgeordnete oder Experten in der Korruptionsbekämpfung, die in das Studio eingeladen werden, zusammen bringen soll. Weiterhin ist das Internet zu einem interaktiven Medium für Antikorruptionskampagnen der Regierung geworden, und Websites einiger Agenturen und Ministerien enthalten Seiten, von denen Beschwerden über Korruption abgeschickt werden können. In den westlichen Medien auch wenig beachtet sind Maßnahmen innerhalb der Ministerien, wie z.B. die 2006 seitens des Ministeriums für Wirtschaftliche Entwicklung und Handel wieder aufgenommenen Reformpläne, die schließlich auch die stets beschuldigten Bürokraten mit einbeziehen.

Über die Autorin:

Dr. Diana Schmidt ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Lesetipps:

- Schmidt, Diana 2006. *Anti-Corruption Advocacy in Contemporary Russia: Local Civil Society Actors, Transnational Networks and the State*, Dissertation, Belfast: Queen's University Belfast.
- Salagaev, Alexander; Alexander Shashkin & Alexey Konnov 2006: *One Hand Washes Another. Informal Ties Between Organized Criminal Groups and Law-Enforcement Agencies in Russia*. *The Journal of Power Institutions in Post-Soviet Societies*, (4/5) 2006, <http://www.pjps.org/document449.html>
- Martirosian, Jasmine 2004. 'Russia and Her Ghosts of the Past', in R. A. Johnson (Hg.) *The Struggle Against Corruption: A Comparative Study*, New York / Houndmills: Palgrave Macmillan: 81–108.

Wenn diese Initiativen auch mit der erklärten Absicht lanciert werden, die Teilnahme der Öffentlichkeit an der Korruptionsbekämpfung zu verbessern, so müssen die Maßnahmen auch als Anzeichen latenter Konflikte gesehen werden. Die Exekutive will sich bei Initiativen zur Korruptionsbekämpfung und bei der Information über Russlands Korruptionsprobleme besser positionieren – und die Rolle von Nichtregierungsorganisationen zurückdrängen. Nicht umsonst ist die Bereitschaft, Organisationen der Zivilgesellschaft in die Korruptionsbekämpfung einzubeziehen, immer noch äußerst gering.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Tabellen und Grafiken zum Text

Russlands formales Antikorruptions-Engagement auf der internationalen Ebene

Konventionen

CoE Convention on Laundering, Search, Seizure, and Confiscation of the Proceeds from Crime	ratifiziert 2001
UN International Convention for the Suppression of the Financing of Terrorism	ratifiziert 2002
UN Convention against Transnational Organized Crime	ratifiziert 2004
UN Convention Against Corruption (UNCAC)	
CoE Criminal Law Convention on Corruption	ratifiziert 2006

Andere Vereinbarungen

Verordnung (EG) Nr. 2584/2000 der Kommission vom 24. November 2000 zur Einführung eines Systems der Informationsübermittlung über bestimmte Rind- und Schweinefleischlieferungen auf dem Straßenweg nach dem Hoheitsgebiet der Russischen Föderation – u.a. sicheres Anti-Betrugs Informationssystem (AFIS) für Zollbereich	unterzeichnet 2000
OECD Working Group on Bribery	Teilnehmer seit 2001
OECD / ACN: Istanbul Anti-Corruption Action Plan (Anti-Corruption Action Plan for Armenia, Azerbaijan, Georgia, the Russian Federation, Tadjikistan and Ukraine)	unterzeichnet 2003
UN Global Compact 10. Prinzip (antikorruption) seit 2004	gestartet 2001
Fighting high level corruption Joint international document at G-8 Summit, St. Petersburg	unterzeichnet 2006

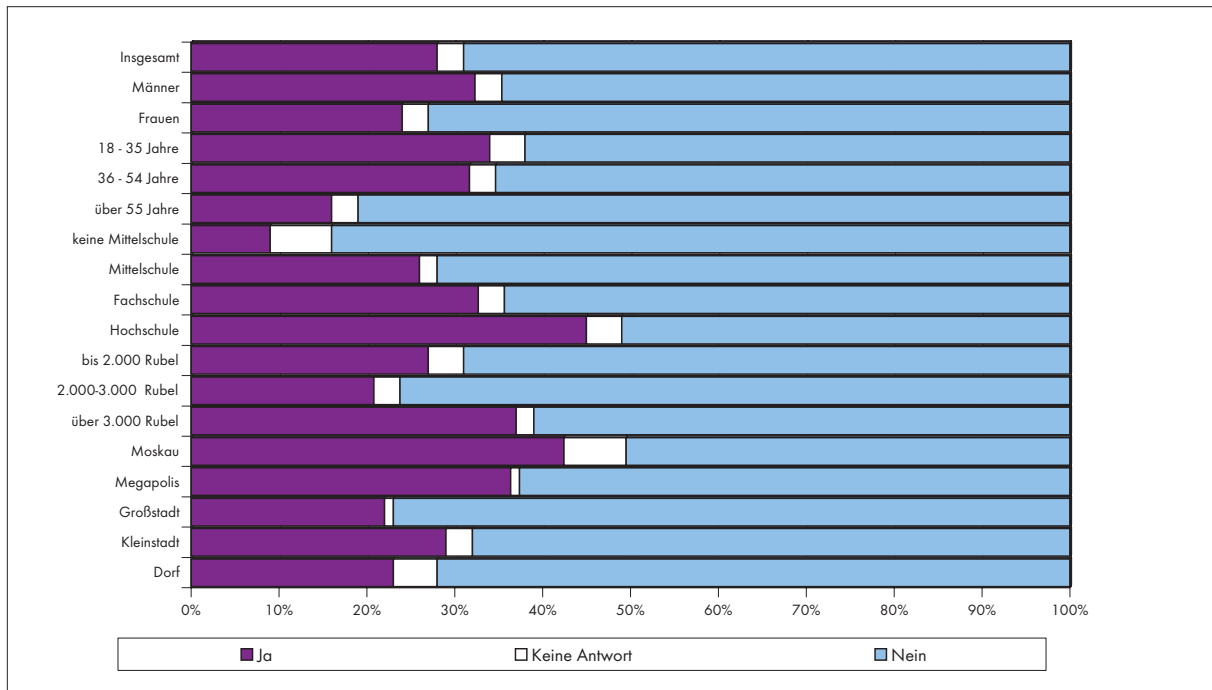
Korruption und Korruptionsbekämpfung im Blick der „Stiftung Öffentliche Meinung“

Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 17.–18. und 24.–25. Dezember 2005

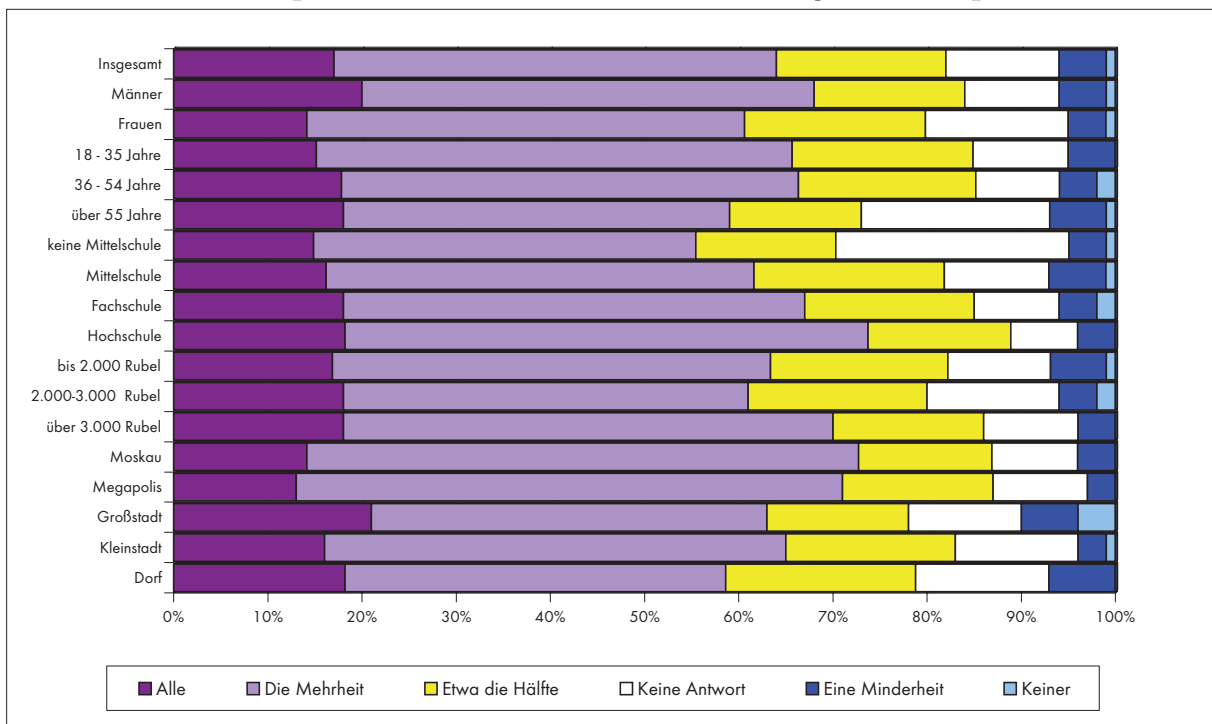
http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0601/domi0601_4/tb0600106 und

http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0601/domi0601_4/tb0600107

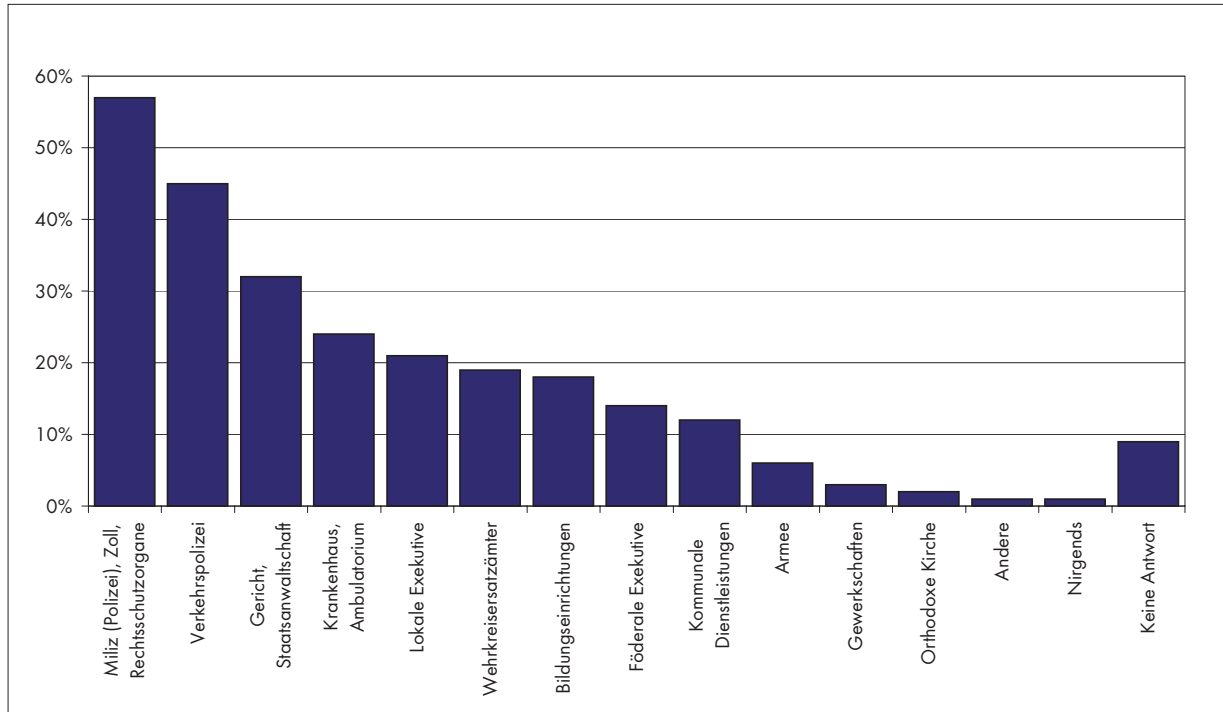
Sind Sie persönlich in den letzten ein-zwei Jahren einer Amtsperson begegnet, die von Ihnen eine inoffizielle Zahlung/Dienstleistung erwartete?



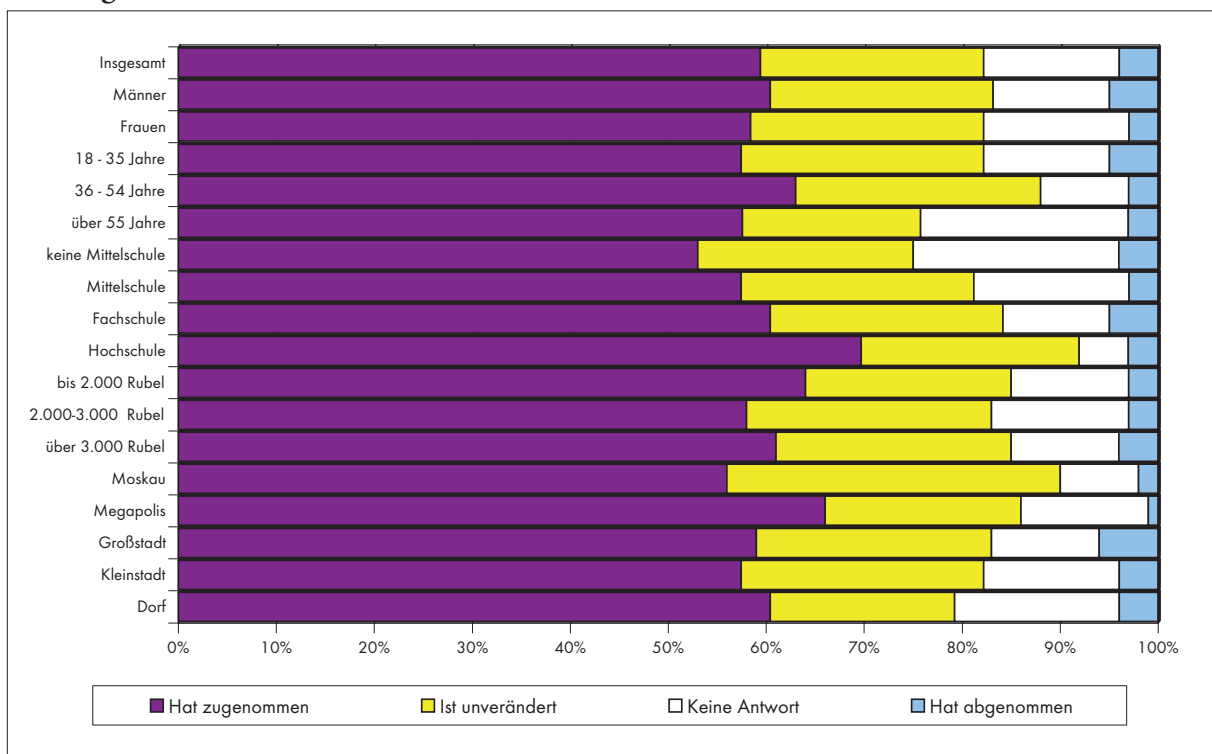
Welche Teile des Amtspersonals in Russland sind Ihrer Meinung nach korrupt?



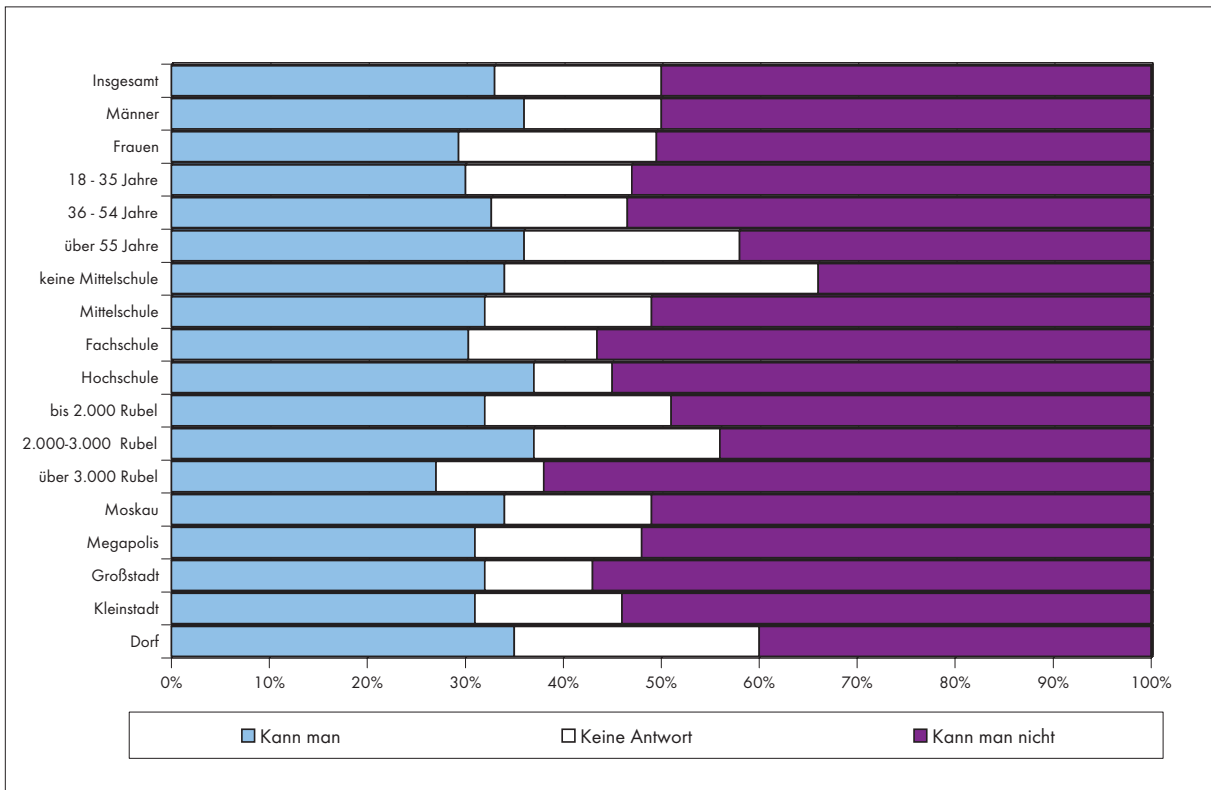
In welcher Behörde, Institution trifft man Ihrer Meinung nach am häufigsten Korruption an?



Was meinen Sie, hat die Korruption unter Amtspersonen in den letzten ein bis zwei Jahren zu- oder abgenommen?

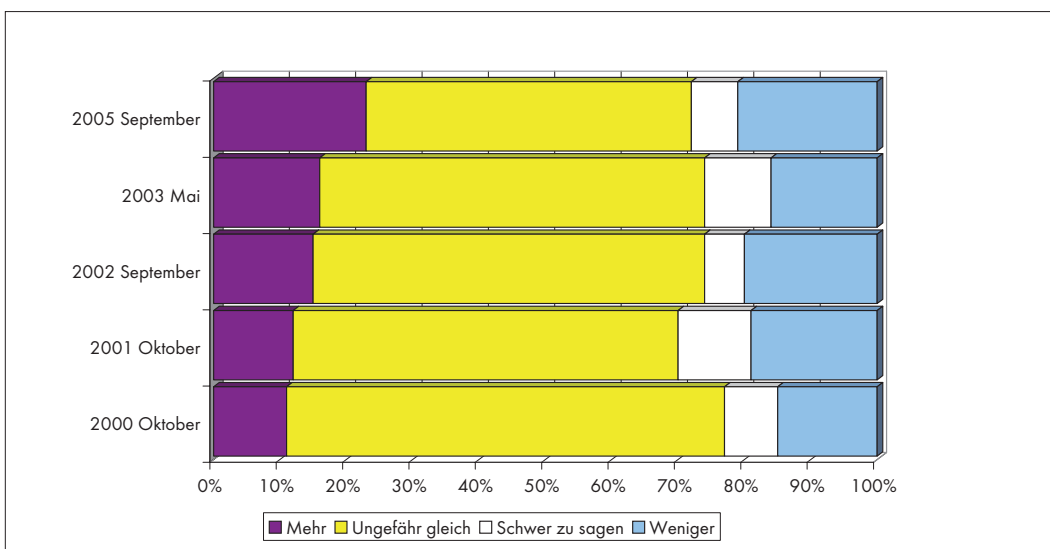


Kann man die Korruption in Russland beseitigen?



Ausmaß und Relevanz der Korruption nach Umfragen des Lewada-Zentrums

Gibt es nach der Wahl von W. Putin zum Präsidenten mehr Korruption in der Regierung des Landes als unter B. Jelzin?



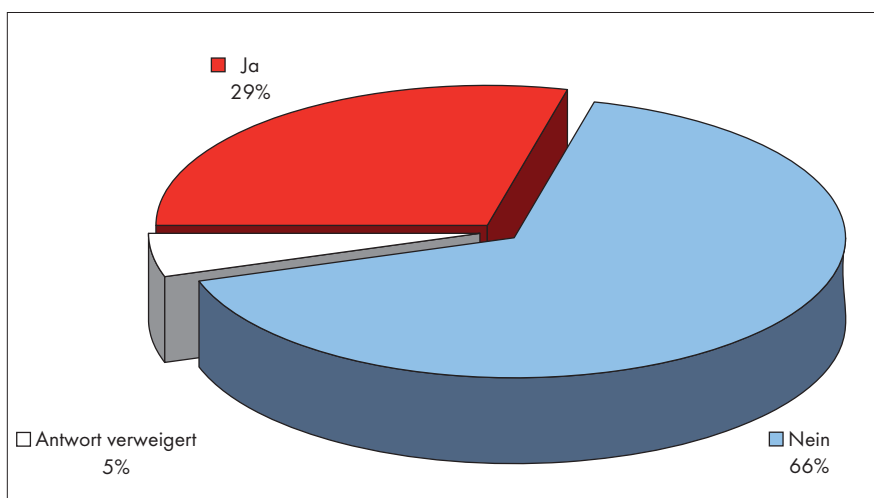
Quelle: Russian Public Opinion 2005, Levada-Center, Moskau 2006, S. 39.

Was würden Sie als Putins Haupterfolg während seiner Amtszeit bezeichnen, und wobei hat er am wenigsten Erfolg gehabt?

	Erfolge		Misserfolge	
	2004	2005	2004	2005
Wirtschaftliche Entwicklung des Landes	21	14	18	19
Anhebung des Lebensstandards der Bürger, Anhebung von Löhnen und Renten	37	29	21	21
Erhöhung des Optimismus und der Hoffnung für eine bessere Lage im Land in der nahen Zukunft	27	21	6	6
Einführung von Ordnung im Land, ruhige politische Lage	18	19	10	7
Schaffung der wirtschaftlichen und politischen Bedingungen für die Entwicklung des Privatunternehmertums	11	8	4	4
“Fesseln” der Oligarchen, Abbau ihrer Vormachtstellung	18	15	19	14
→ Kampf gegen Korruption und Bestechung	14	12	28	27
Kampf gegen das Verbrechen	8	10	25	20
Lösung des tschetschenischen Problems	10	10	34	27
Sicherung höherer militärischer Effektivität und Reform der Streitkräfte	11	13	6	5
Verteidigung der Demokratie und der politischen Freiheiten der Bürger	6	5	3	3
Vernichtung der Bedrohung durch den Terrorismus im Land	3	6	24	15
Kooperation mit anderen GUS-Staaten	15	16	3	3
Verbesserung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen	21	26	3	1
Stärkung von Russlands Stellung in der Welt	19	22	3	3
Verbesserung der Beziehungen zwischen Menschen unterschiedlicher ethnischer Gruppen in Russland	3	5	7	5
Schutz der öffentlichen Moral	2	3	13	13
Wirtschaftliche Entwicklung des Landes	24	26	2	2
Schwer zu sagen	19	15	10	10

Quelle: Russian Public Opinion 2005, Levada-Center, Moskau 2006, S. 46.

Mussten Sie im Lauf der letzten fünf Jahre irgendwo Bestechungsgeld geben?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, März 2006 <http://www.levada.ru./press/2006042002.html>

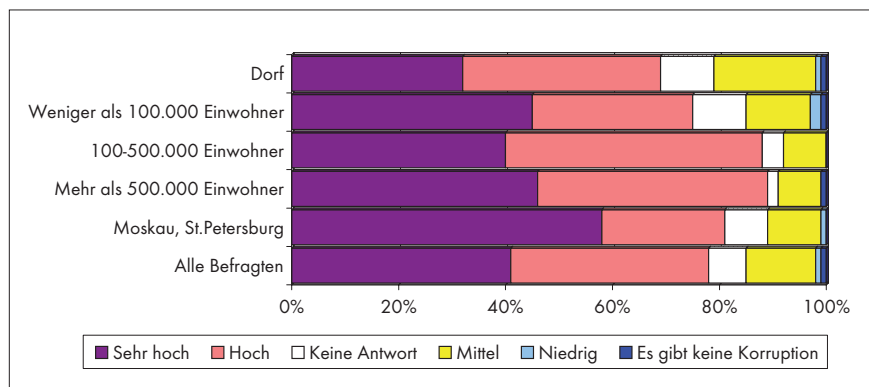
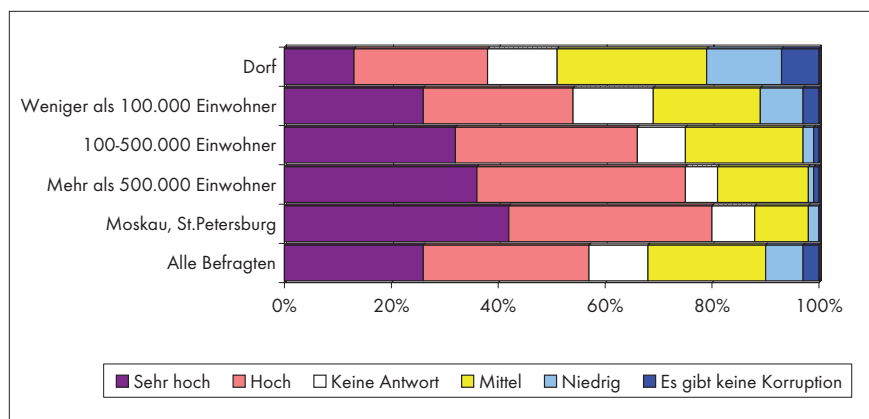
Wieviel Bestechung (Rubel) haben Sie das letztmal gegeben?

	Weniger als 500 Rubel	500–1.000 Rubel	1.001–4.999 Rubel	5.000 Rubel und mehr	Habe nie Bestechungs- geld gegeben	Weiß nicht, möchte nicht antworten
Geschlecht						
Männer	4%	6%	3%	5%	65%	18%
Frauen	4%	6%	5%	4%	68%	14%
Alter						
18–24 Jahre	3%	10%	5%	8%	61%	13%
25–39	3%	8%	5%	6%	60%	19%
40–54	7%	5%	6%	4%	60%	18%
55 und älter	3%	2%	1%	1%	83%	12%
Bildung						
Hochschule	4%	7%	3%	6%	60%	20%
Mittelschule	4%	6%	6%	4%	63%	17%
Weniger als Mittelschule	4%	4%	1%	3%	78%	11%
Wohnort						
Moskau	1%	9%	4%	7%	47%	32%
Stadt mit mehr als 500.000 Einwohnern	3%	6%	2%	4%	66%	19%
Stadt mit 100–500.000 Einwohnern	6%	5%	4%	4%	62%	19%
Stadt mit 10–100.000 Einwohnern	5%	5%	6%	5%	65%	14%
Dorf	3%	6%	4%	3%	76%	8%
Föderalbezirk						
Nord–West	7%	6%	7%	5%	68%	6%
Zentralregion	6%	5%	4%	3%	57%	24%
Süden	3%	7%	8%	7%	60%	16%
Wolga	3%	7%	4%	4%	68%	15%
Ural	3%	3%	1%	0%	72%	22%
Sibirien	2%	5%	0%	5%	83%	6%
Fernost	4%	10%	7%	8%	65%	6%
Konsumstatus						
Reicht nicht für Lebensmittel	6%	3%	2%	2%	84%	4%
Reicht nur für Lebensmittel	5%	6%	3%	2%	70%	14%
Reicht für Lebensmittel und Kleider	3%	6%	4%	6%	64%	18%
Reicht für langlebige Konsumgüter	3%	8%	8%	5%	53%	22%
Sozialstatus						
Obere Mittelschicht	1%	8%	7%	6%	60%	17%
Mittlere Mittelschicht	3%	6%	4%	6%	61%	21%
Untere Mittelschicht	4%	7%	5%	3%	68%	13%
Unterschicht	8%	3%	0%	2%	77%	9%

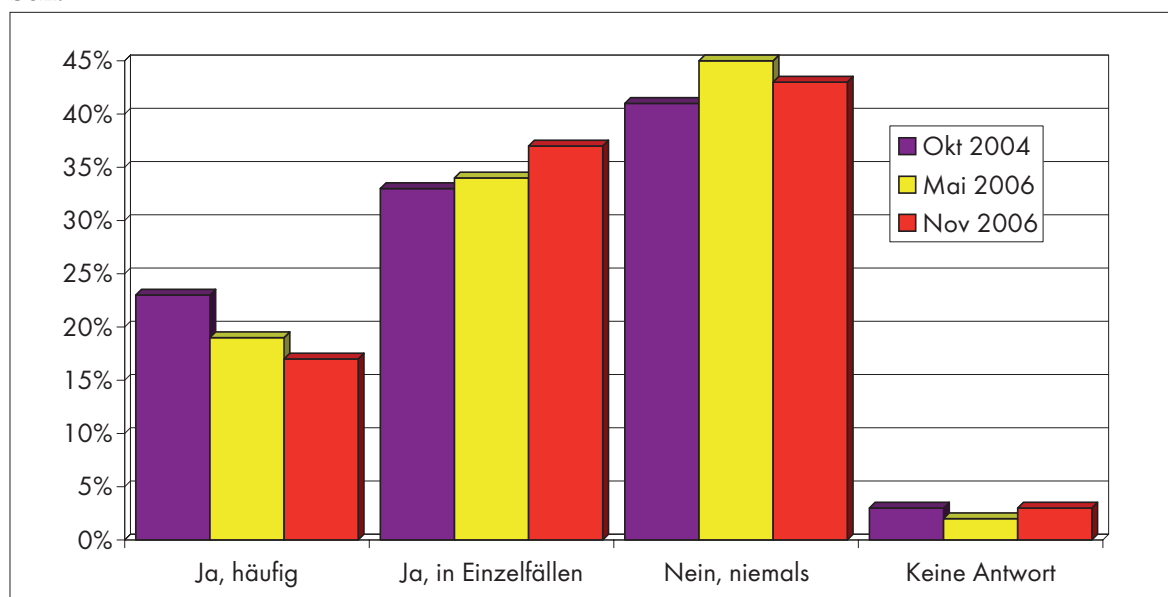
Wieviel Bestechung (Rubel) haben Sie das letztmal gegeben? (Fortsetzung)

	Weniger als 500 Rubel	500–1.000 Rubel	1.001–4.999 Rubel	5.000 Rubel und mehr	Habe nie Bestechungsgeld gegeben	Weiß nicht, möchte nicht antworten
Beschäftigung						
Unternehmer	12%	12%	3%	6%	30%	37%
Leiter (Manager)	0%	11%	4%	10%	52%	23%
Spezialist (Ingenieur u.ä.)	3%	7%	4%	3%	61%	21%
Angestellter	5%	4%	8%	5%	61%	17%
Qualifizierter Arbeiter	3%	7%	5%	4%	66%	16%
Unqualifizierter Arbeiter	2%	5%	8%	4%	69%	13%
Arbeitsloser	1%	6%	2%	7%	67%	17%
Schüler, Student	4%	9%	3%	9%	68%	8%
Rentner	3%	1%	1%	1%	86%	8%
Hausfrau	4%	12%	1%	8%	55%	21%

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, März 2006 <http://www.levada.ru./press/2006042002.html>

Das regierungsnahe Umfrageinstitut VCIOM über Korruption in Russland
Wie schätzen Sie die Verbreitung von Korruption in der Gesellschaft insgesamt ein?

Wie schätzen Sie die Verbreitung von Korruption an Ihrem Wohnort ein?


Mussten Sie Personen, von denen die Lösung Ihrer Probleme abhing, Geld oder Geschenke geben?



Mussten Sie Personen, von denen die Lösung Ihrer Probleme abhing, Geld oder Geschenke geben?

	Okt 2004	Mai 2006	Nov 2006
Ja, häufig	23%	19%	17%
Ja, in Einzelfällen	33%	34%	37%
Nein, niemals	41%	45%	43%
Keine Antwort	3%	2%	3%

Mussten Sie Personen, von denen die Lösung Ihrer Probleme abhing, Geld oder Geschenke geben?

	Alle Befragten	Bewertung der eigenen materiellen Lage		
		Sehr gut, gut	Mittel	Schlecht, sehr schlecht
Ja, häufig	17%	15%	17%	17%
Ja, in Einzelfällen	37%	45%	40%	29%
Nein, niemals	43%	37%	41%	52%
Keine Antwort	3%	3%	2%	2%

Quelle: Umfragen des VCIOM vom 11.-12. November 2006

<http://wciom.ru/novosti-analitika/press-vypuski/press-vypusk/single/3642.html>, 28.11.2006

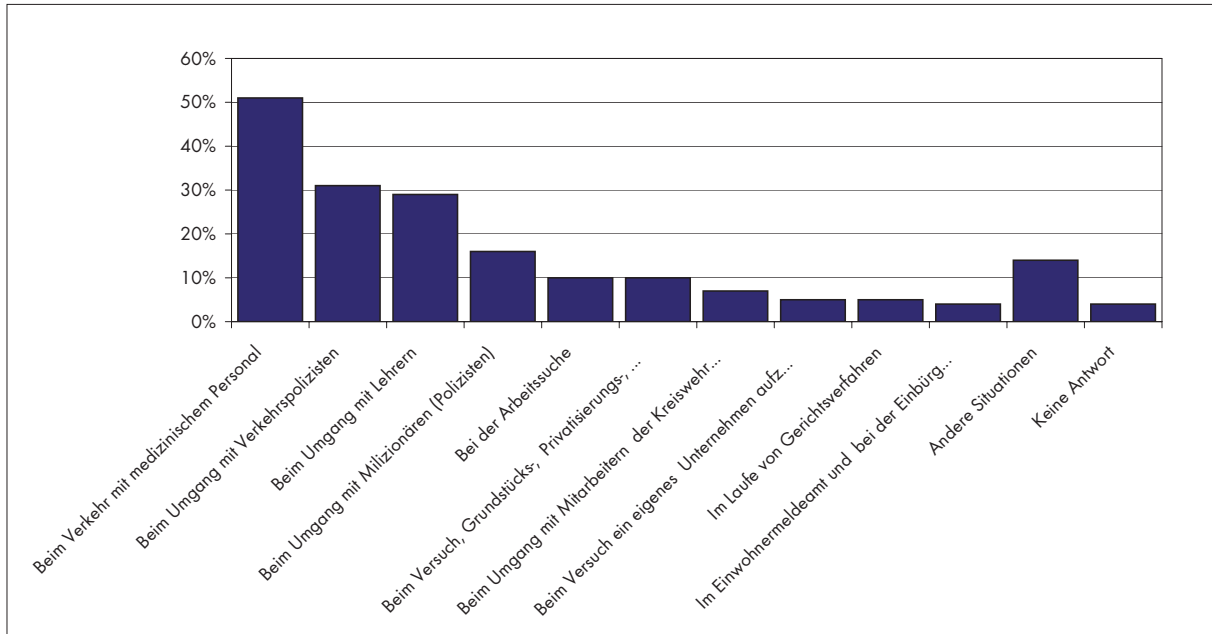
Was sind die Hauptursachen von Korruption?

	Okt 2004	Nov 2006
Gier und fehlende Moral der russischen Geschäftsleute und Bürokraten	37%	43%
Ineffizienz des Staates, Mängel der Gesetzgebung	40%	35%
Das niedrige Niveau der Rechtskultur bei der Mehrheit der Bevölkerung	19%	18%
Keine Antwort	4%	4%

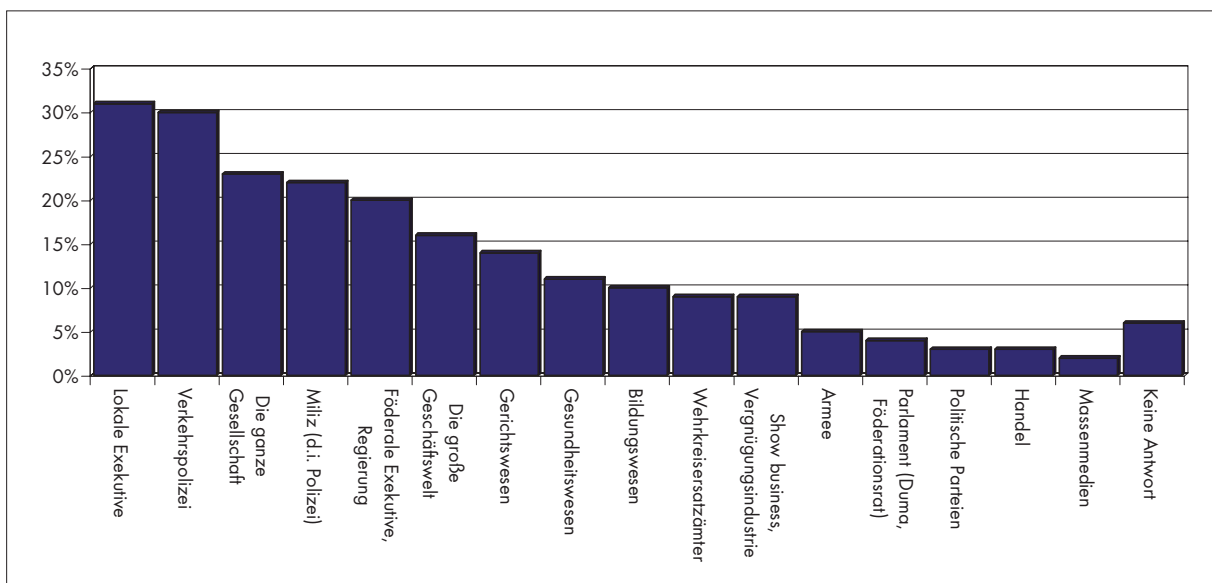
Quelle: Umfragen des VCIOM vom 11.-12. November 2006

<http://wciom.ru/novosti-analitika/press-vypuski/press-vypusk/single/3642.html>, 28.11.2006

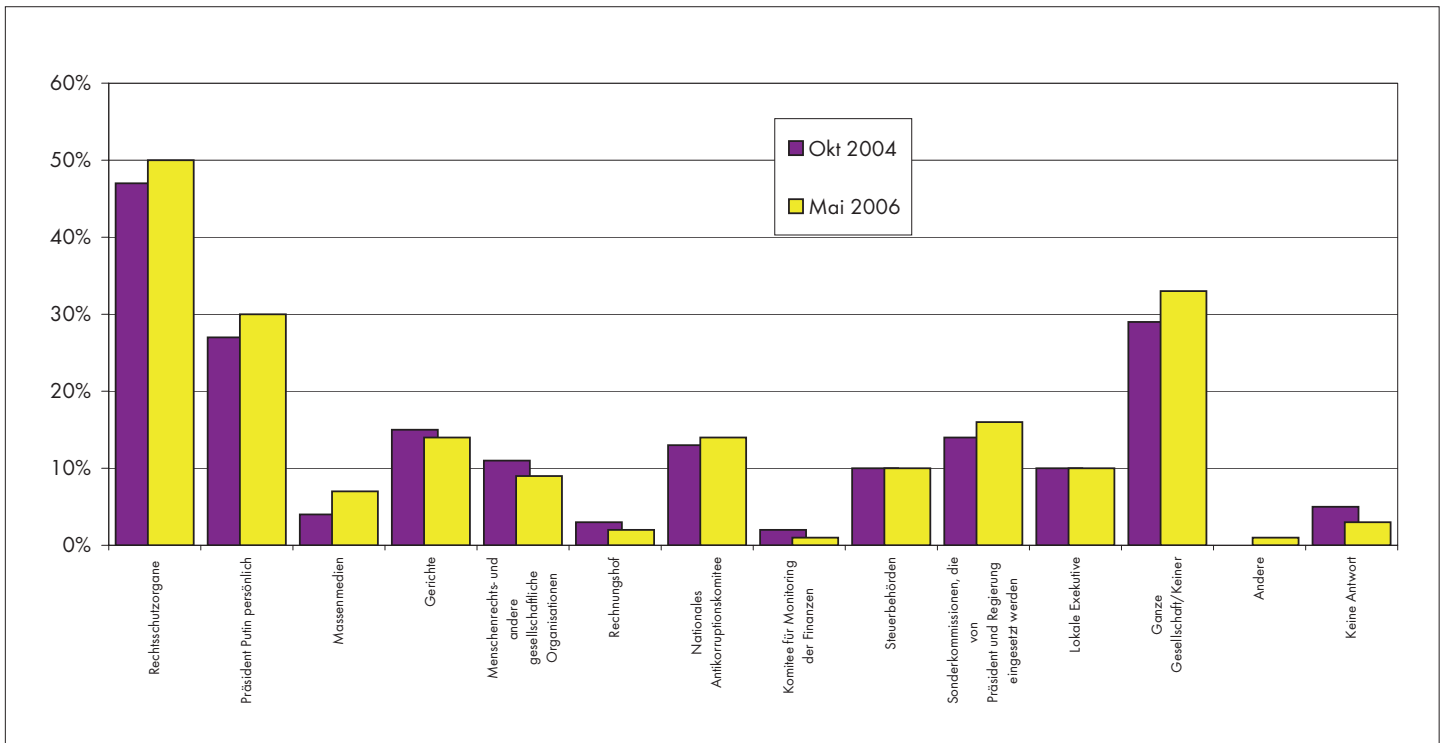
Unter welchen Umständen haben Sie bei der Lösung von Problemen Geld oder Geschenke gegeben? (% der Personen, die Geld, Geschenke gegeben haben)



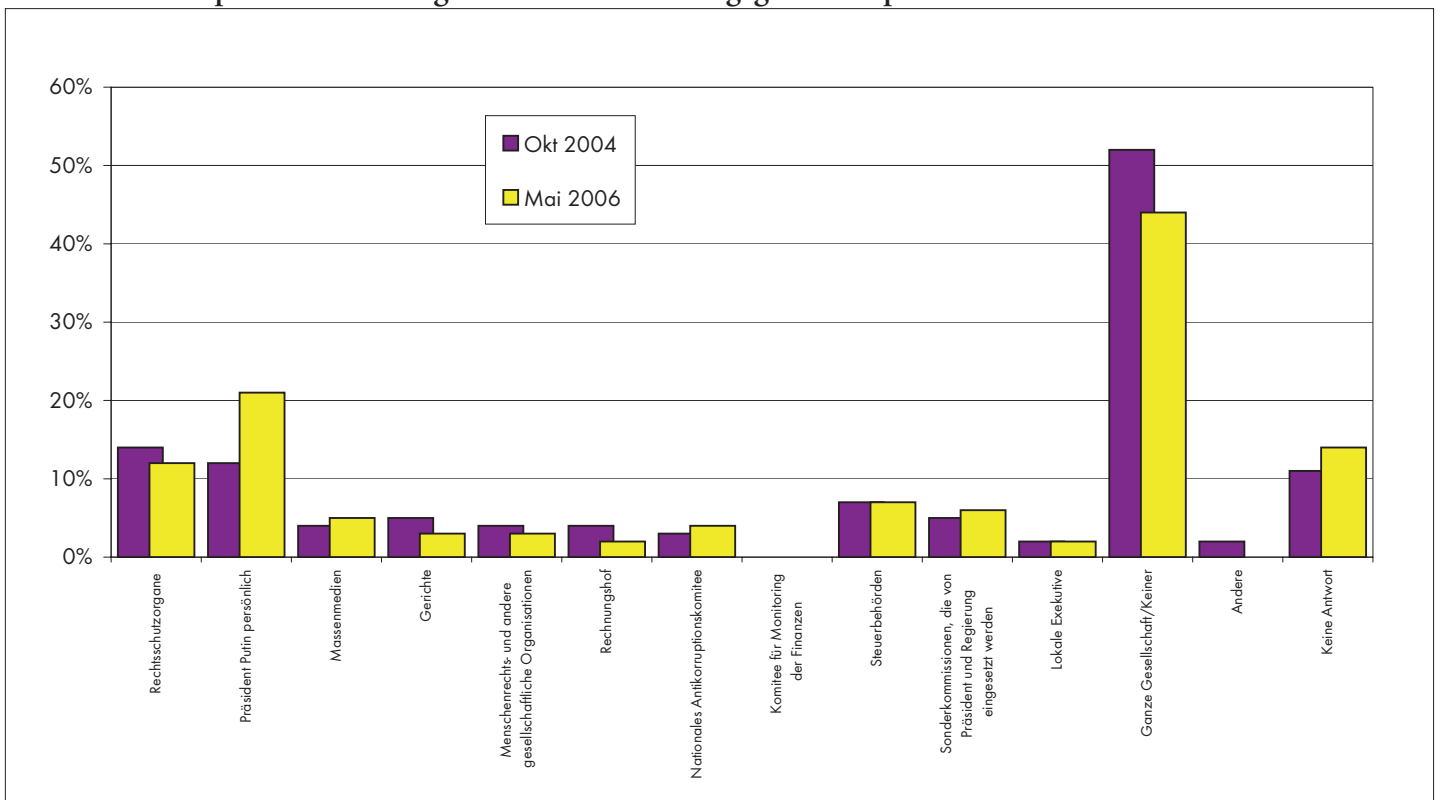
Welche Bereiche und Institutionen im heutigen Russland sind Ihrer Meinung nach am stärksten von Korruption betroffen (bis zu drei Antworten)



Wer soll Ihrer Meinung nach in erster Linie gegen Korruption vorgehen?



Wer kämpft Ihrer Meinung nach am effektivsten gegen Korruption?



Quelle: <http://wciom.ru/?pi=40&article=2826>, 30. Juni 2006

Welche Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung sind Ihrer Meinung nach am effektivsten? (bis zu drei Antworten)

	Mai 2006	Nov 2006
Bessere Kontrolle der Beamten durch Gesellschaft und demokratische Institutionen	35%	38%
Vervollkommnung der Gesetzgebung	30%	38%
Beschlagnahme des Eigentums nicht nur der korrupten Personen, sondern auch des Eigentums ihrer Familienangehörigen	39%	36%
Verkleinerung des Staatsapparates	38%	26%
Einführung der Todesstrafe für Korruption und Wirtschaftsverbrechen	28%	16%
Auszeichnung (auch materiell) von Personen, die freiwillig über Korruption informieren	17%	15%
Zusätzliche Vollmachten und mehr Mittel für die Rechtsschutzorgane	19%	12%
Legalisierung der sozial weniger gefährlichen Formen von Korruption (Trinkgeld, Geschenke an Ärzte und Lehrer u.ä.)	8%	11%
Keine Antwort	4%	7%

Quelle: Umfragen des VCIOM vom 11.-12. November 2006

<http://wciom.ru/novosti-analitika/press-vypuski/press-vypusk/single/3642.html>, 28.11.2006

Transparency International: Corruption Perceptions Index 2006 (ausgewählte Länder)

Rang	Land	Punktwertung	Anzahl der benutzten Quellen	Fehlermarge
1	Finnland	9,6	7	9,4 – 9,7
1	Island	9,6	6	9,5 – 9,7
1	Neuseeland	9,6	7	9,4 – 9,6
11	Österreich	8,6	7	8,2 – 8,9
11	Luxemburg	8,6	6	8,1 – 9,0
11	Großbritannien	8,6	7	8,2 – 8,9
14	Kanada	8,5	7	8,0 – 8,9
15	Hong Kong	8,3	9	7,7 – 8,8
16	Deutschland	8,0	7	7,8 – 8,4
17	Japan	7,6	9	7,0 – 8,1
18	Frankreich	7,4	7	6,7 – 7,8
18	Irland	7,4	7	6,7 – 7,9
20	Belgien	7,3	7	6,6 – 7,9
20	Chile	7,3	7	6,6 – 7,6
20	USA	7,3	8	6,6 – 7,8
24	Barbados	6,7	4	6,0 – 7,2
24	Estland	6,7	8	6,1 – 7,4
121	Gambia	2,5	6	2,3 – 2,8

Rang	Land	Punktwertung	Anzahl der benutzten Quellen	Fehlermarge
121	Guyana	2,5	5	2,2 – 2,6
121	Honduras	2,5	6	2,4 – 2,7
121	Nepal	2,5	5	2,3 – 2,9
121	Phillipinen	2,5	9	2,3 – 2,8
121	Russland	2,5	8	2,3 – 2,7
121	Ruanda	2,5	3	2,3 – 2,6
121	Swaziland	2,5	3	2,2 – 2,7
130	Aserbaijan	2,4	7	2,2 – 2,6
130	Burundi	2,4	5	2,2 – 2,6
130	Äthiopien	2,4	7	2,2 – 2,6
130	Indonesien	2,4	10	2,2 – 2,6
130	Togo	2,4	3	1,9 – 2,6
130	Zimbabwe	2,4	7	2,0 – 2,8
142	Kenia	2,2	7	2,0 – 2,4
142	Kyrgyzstan	2,2	6	2,0 – 2,6
142	Nigeria	2,2	7	2,0 – 2,3
142	Pakistan	2,2	6	2,0 – 2,4
142	Sierra Leone	2,2	3	2,2 – 2,3
142	Tadschikistan	2,2	6	2,0 – 2,4
142	Türkmenistan	2,2	4	1,9 – 2,5
151	Belarus	2,1	4	1,9 – 2,2
151	Kambodscha	2,1	6	1,9 – 2,4
151	Elfenbeinküste	2,1	4	2,0 – 2,2
151	Äquatorialguinea	2,1	3	1,7 – 2,2
151	Usbekistan	2,1	5	1,8 – 2,2
163	Haiti	1,8	3	1,7 – 1,8

Quelle: http://www.transparency.org/news_room/in_focus/cpi_2006/cpi_table, 7.11.2006

Dokumentation

Einführende Worte Präsident Putins auf der Allrussischen Konferenz zur Koordinierung der Leiter der Rechtsschutzorgane

21. November 2006, Moskau, Kreml

Sehr geehrte Kollegen!

Die heutige Konferenz ist der Erhöhung der Effektivität des russischen Rechtsschutzsystems gewidmet.

[...]

Sie wissen, dass in den letzten Jahren die Finanzierung der Ordnungskräfte wesentlich – um ein Vielfaches – erhöht wurde, Personalstärken vergrößert wurden, die Koordination zwischen Ordnungskräften und Geheimdiensten gewachsen ist, ihre Strukturen optimiert wurden und dass darüber hinaus groß angelegte föderale Programme wie

„Antiterror“, „Staatsgrenze“, „Entwicklung des Strafvollzugsystems in den Jahren 2007–2016“ u. a. verabschiedet wurden und in die Tat umgesetzt werden.

Doch trotz des wachsenden Potenzials der Rechtsschutzorgane ist die Kriminalität weiterhin ein Problem. Die Prozentzahl schwerer und besonders schwerer Verbrechen wächst, die Straßenkriminalität ist um mehr als ein Drittel angestiegen.

Insgesamt ist die Anzahl angezeigter Verbrechen in diesem Jahr im Vergleich zur gleichen Periode im Vorjahr um 12,5% gestiegen. Es wird nur jedes zweite Verbrechen aufgeklärt. All dies wirkt sich negativ auf die Gesellschaft aus und lähmt das Geschäftsleben im Lande.

Offensichtlich müssen unter den heutigen Umständen effektivere, komplexe vorbeugende Maßnahmen eingesetzt werden, wie z.B. ein einheitliches staatliches System zur Vorbeugung von Verbrechen, an dem alle Organe der Staatsmacht beteiligt sind, von der [föderalen] Regierung bis zur lokalen Selbstverwaltung. Natürlich könnte die Zivilgesellschaft hierbei eine unschätzbare Rolle spielen.

[...]

Eines der aktuellsten Themen ist heute die Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen.

In dem Maße wie die Wirtschaft wächst, werden Rechtsgarantien für fairen Wettbewerb, der Schutz des Eigentums und die unternehmerische Freiheit immer wichtiger. Gleichzeitig aber werden illegale Geschäfte, fiktive Bankrotte und feindliche Firmenübernahmen immer aggressiver betrieben.

Ich möchte gar nicht erst über die Legalisierung von Verbrechensgewinnen und über die Geldwäsche reden, die immer ausgeklügelter wird. Oder über die betrügerische Erweiterung des Grundkapitals, oder illegale Aktienemissionen, die z.B. durch elektronischen Zahlungsverkehr oder Überweisungen über Transitländer mit einem intransparenten Bankensystem vorgenommen werden.

Diese Verbrechen, die in vieler Hinsicht für uns neu sind, fügen der legalen Wirtschaft bedeutenden Schaden zu und untergraben das Vertrauen von in- und ausländischen Investoren in uns. Darüber hinaus finanziert die „Schattenwirtschaft“ manchmal terroristische und extremistische Gruppen, was den Anwesenden wohl bekannt ist.

Diese Einkünfte sind der Nährboden für die Verbreitung der Korruption. Auf dieses Thema, die Korruption, möchte ich besonders eingehen. Trotz der vielen verabschiedeten und implementierten staatlichen Programme wartet die Gesellschaft nach wie vor auf bessere Resultate bei der Bekämpfung dieses Übels. Um da zu erreichen, reicht der Professionalismus der Miliz [d.i. die Polizei], der Staatsanwaltschaft und der anderen Rechtsschutzorgane alleine nicht aus.

Wir haben uns der Konvention für die strafrechtliche Verantwortung für Korruption, der UN-Konvention gegen Korruption und der UN-Konvention gegen transnationales organisiertes Verbrechen angeschlossen. Allerdings sind bis jetzt noch keine Gesetze oder andere normative Rechtsakte, die für die Implementierung der Vorschriften dieser Konvention nötig sind, verabschiedet worden.

Ein Aspekt eines präventiven Kampfes gegen die Korruption ist die Verabschiedung von Gesetzen, die Amtsträger, Staats- und städtische Beamte hindern, korrupte Transaktionen zu unternehmen. Hierbei ist eine kriminalwissenschaftliche Untersuchung von Gesetzen, die verabschiedet werden sollen, aktuell und notwendig, auch im Hinblick auf die Frage, ob diese Gesetze tendenziell die Korruption fördern. Dies sieht auch die UN-Konvention gegen Korruption vor.

[...]

Auch im Rechtsschutzsystem und im Gerichtswesen muss der Kampf gegen die Korruption effektiver geführt werden. Es ist notwendig, die Maßnahmen des föderalen Programms „Entwicklung des Gerichtssystems Russlands“ für die Jahre 2007 bis 2011 vollständig zu implementieren. Es geht hier vor allem darum, die Unabhängigkeit, Transparenz und Offenheit der Arbeit der Richter aller Ebenen zu garantieren und die Justiz für Bürger unseres Landes zugänglicher zu machen.

Außerdem ist die Zeit gekommen, die sowohl bei uns wie im Ausland approbierten Anforderungen und Verbote für Beamte der Rechtsschutzorgane und des Gerichtswesens im Gesetz zu verankern, insbesondere Regeln zur Kontrolle von Einkünften und Vermögen von Beamten der Rechtsschutzorgane, Richtern und Mitgliedern ihrer Familien. Diese Forderung ist in den Allgemeinen Standards für den Kampf mit der Korruption in Polizeibehörden und -organen vorgesehen, die 2002 von der Vollversammlung von Interpol verabschiedet wurde.

Zu guter Letzt ist es ebenso wichtig, Beamte der Rechtsschutzorgane und Richter per Gesetz davor zu schützen, dass sich „interessierte“ Bürger aller Art und Vorgesetzte aller Ebenen unrechtmäßig in ihre Arbeit einmischen.

[...]

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen erfolgreiche Arbeit.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Die Korruption durchdringt alle Ebenen der Staatsmacht

Es fehlt ein funktionierender Mechanismus, um die Beamten zu kontrollieren

Der Vortrag Generalstaatsanwalte Juri Tschaika „Über die Realisierung der Bestimmungen der Botschaft des Präsidenten der russischen Föderation an die Föderale Versammlung für das Jahr 2006 in der Frage des Kampfes gegen die Korruption“

Der Präsident der Russischen Föderation [...] hat die Bewältigung eines der Hindernisse für die Entwicklung unseres Staates, der Korruption, als prioritäre Aufgabe definiert. Die Verbreitung der Korruption hat einen bedrohlichen Charakter angenommen. [...] Man kann nicht sagen, dass die Korruption nur für bestimmte Teile des Staatsmechanismus typisch ist. Sie durchdringt alle Ebenen der Staatsmacht, sie erlangt systemischen Charakter. [...] Das Fehlen von systematischen Antikorruptionsgesetzen, das Vorhandensein von Rechtsnormen, in denen die Kompetenz eines staatlichen Organs oder eines Beamten nicht klar definiert wird, was die Möglichkeit eröffnet, Beschlüsse auf verschiedene Arten zu fassen, [...], außerdem die Unkenntnis der Bürger über ihre Rechte auf den Erhalt dieser Leistungen und das Fehlen eines realen Kontrollmechanismus für die Beamten begünstigt die Zunahme von Korruptionserscheinungen.

Im August-September 2006 wurde von den Organen der Staatsanwaltschaft die Einhaltung der Gesetzgebung über den Staatsdienst in 11 föderalen Ministerien, Diensten und Agenturen wie auch in ihren territorialen Untergliederungen überprüft. Im Laufe der Überprüfung wurden mehr als 47.000 Gesetzesverletzungen entdeckt, 10.000 Vorschläge gemacht, 4.000 Proteste überbracht, ca. 600 Anklagen wegen Korruptionsdelikten erhoben, an die Gerichte mehr als 1.100 Klagen geschickt, 1.600 Mahnungen verkündet und mehr als 2.500 Staats- und Munizipalbeamte zur disziplinarischen und administrativen Verantwortung gezogen.

Durch die Überprüfungen wurden zahlreiche Fälle entdeckt, in denen Beamte gleichzeitig neben ihrer Hauptbeschäftigung eine kommerzielle Tätigkeit ausübten, wie auch ihre Teilnahme am Management von diversen Firmen. [...] Die Beamten treiben „Handel“ mit ihnen anvertrauten Informationen, die Staats-, Geschäfts- oder andere Geheimnisse beinhalten, die vom Gesetz geschützt werden. Sie helfen unter ihrer Kontrolle stehenden Strukturen, rechtswidrige Vergünstigungen und Privilegien zu erhalten, Eigentum zu erwerben und die Ausfertigung von Urkunden zu beschleunigen. [...]

Bei allen föderalen Ministerien und Ämtern, die staatsanwaltlich überprüft wurden, wurden Gesetzesverletzungen von Beamten festgestellt: hinsichtlich Einkommens- und Eigentumserklärung gegenüber den Finanzämtern, und gegenüber den Personalabteilungen wegen der Informationspflicht über die Einschränkungen, die sich aus der Beschäftigung im Staatsdienst ergeben. Viele Ämter mißachteten die Bestimmung, dass Kandidaten für den Staatsdienst ein Bewerbungsverfahren zu durchlaufen haben, und halten sich nicht an Qualifikationsanforderungen hinsichtlich Bildungsniveau oder Berufserfahrung. Angaben über Dienstwidrigkeiten von Beamten, die an der Grenze zum Verbrechen lagen, wurden vor den Rechtsschutzorganen verheimlicht. (bei der Föderalen Agentur für Lufttransport, dem FNS [Föderale Steuerdienst] Russlands und dem FTS [Föderaler Zolldienst] Russlands). [...]

Im letzten Jahr ist die Zahl der aufgedeckten Korruptionsdelikte gestiegen, die von Gouverneuren und leitenden Beamten föderaler und regionaler Organe begangen wurden. Vor kurzem hat die Staatsanwaltschaft des Gebietes Twer Anklage gegen einige Abgeordnete der Stadtduma erhoben. [...] Der Stellvertretende Leiter des Departements für Finanzkontrolle des Ministeriums für Industrie und Energiewirtschaft Russlands Misko, der Leiter der Unterabteilung des Föderalen Dienstes der Finanz und Budgetinspektion für das Kurgangebiet Berdinskij und der Stellvertretende Vorsitzende des Departements für die soziale Entwicklung des Gebiets Ogibalov wurden wegen der Annahme von Bestechungsgeldern und wegen Amtsmissbrauchs verurteilt. Der Stellvertretende Leiter der Territorialen Verwaltung von Ros-imuschestwo [Staatliche Eigentumsbehörde] in der Region Krasnodar wird wegen Annahme von Bestechungen in Höhe von 410.000 US-Dollar angeklagt.

Besonders alarmierend ist die Korrumpierbarkeit des Rechtsschutzsystems und des Justizwesens. Fast die Hälfte der Verbrechen (insgesamt 5.700), die 2005 von Beamten gegen die Interessen des Dienstes begangen wurden, entfallen auf die Organe des Innenministeriums (2.400). Es wurden Strafverfahren gegen Beamte des Justizwesens (19), des FSB [Föderaler Sicherheitsdienst] (6) und der Staatsanwaltschaft (8) eingeleitet. Leider hat sich die Situation auch in diesem Jahr nicht geändert. Von den 6.500 Dienstverbrechen, die in ersten 9 Monaten dieses Jahres registriert wurden, wurden mehr als 2.500 von Mitarbeitern der Rechtsschutzorgane begangen.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Analyse

Der Kampf gegen die Korruption: Gibt es noch Platz für NGOs?

Diana Schmidt, Bremen

Zusammenfassung

Schleppende Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung in Russland sind nicht nur durch den schieren Umfang der Korruption an sich und der Unfähigkeit des Staates, dagegen vorzugehen, bedingt. Fortschritt auf diesem Gebiet wird durch die erzwungene Transformation der Beziehungen zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Gebern weiter verlangsamt. Während die Bündnisse und Finanzströme zwischen ausländischen Gebern und russischen NGOs jetzt staatlicher Kontrolle unterliegen, sind am Schnittpunkt von internationalen, russischen und lokalen Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung neue Spannungen entstanden. Dazu gehören Konflikte darüber, wer sich wie bei der Ergreifung von Maßnahmen in diesem Bereich und bei der Verbreitung von Informationen über die russische Korruption profiliert. Solche Spaltungen sind am ausgeprägtesten in Moskau zu beobachten, sollten aber in Hinblick auf überregionale und internationale Kooperation nicht vernachlässigt werden.

Wer besetzt die Sphäre des Kampfes gegen die Korruption?

Die Regierungskampagne zur Bekämpfung der Korruption nimmt die Debatte über das Wesen der Korruption und möglicher Arten, sie zu bekämpfen, im russischen Kontext wieder auf. Signifikanterweise wird von offizieller Seite nun zum ersten Mal erklärt, dass Maßnahmen gegen die Korruption die öffentliche Meinung, professionelles Wissen, vorhandene Erfahrungen und zusätzliche Forschung einbeziehen sollen. Da in den letzten Jahren vor allem zivilgesellschaftliche Gruppen auf diesem Gebiet tätig waren, sollte vielleicht hinterfragt werden, ob der Staat diese Aktivitäten ergänzen oder sie usurpieren will. Wenn die Souveränität des Staates gestärkt wird, wird ein wichtiges Instrument zur Korruptionsbekämpfung geschwächt: die Beteiligung von zivilgesellschaftlicher Expertise und Initiativen. An dieser Stelle ist die Frage berechtigt, ob ausländische Hilfe bei der Bekämpfung der Korruption sogar diese negative Dynamik schürt.

Die erklärten Ziele des Antikorruptionskommission der Duma z.B., die im April 2004 geschaffen wurde und letzthin mehr und mehr aktiv ist, sind früheren Aktivitäten von Moskauer zivilgesellschaftliche Gruppen täuschend ähnlich, darunter der Analyse vorhandener Gesetze, Gesetzesvorhaben und von Materialien, die von Bürgern und Organisationen zur Verfügung gestellt wurden, um Positionen und Standards zu definieren und um korruptionsfördernde Tendenzen (korruptsiogennost) in Gesetzesvorhaben zu identifizieren. Zu diesem Zweck wurde gleichzeitig mit der Kommission ein Expertenrat gebildet, der aus Vertretern der Rechtsschutzorgane, der Generalstaatsanwaltschaft und führender wissenschaftlicher und öffentlicher Organisationen, die in der Erforschung

der Korruption spezialisiert sind, besteht. Bei näherem Hinsehen scheinen die Dumakommission und der Expertenrat eine Antwort auf die Bildung eines Antikorruptionsrates durch zentrale Moskauer nicht-staatliche Gruppen (OPORA, NAK, Transparency International-Russia, INDEM) im Februar 2004. Dieser Rat hatte sich für die Zusammenarbeit mit öffentlichen und Wirtschaftsstrukturen bereit erklärt und angekündigt, zu Gesetzesvorhaben zur Korruptionsbekämpfung beizutragen – Aktivitäten, die die Dumakommission jetzt zu ihren Prioritäten erklärt und praktisch übernommen hat.

Zivilgesellschaftliche Organisationen zur Korruptionsbekämpfung

Der Corruption-Perception-Index 2005 und die INDEM-Studie aus dem gleichen Jahr haben neue Geschäftigkeit in Sachen Korruptionsbekämpfung provoziert, in Hinblick auf die Fragen der Expertise und der Präsentation von Information. Trotz der Schritte gegen die ausländische Finanzierung russischen zivilgesellschaftlichen Engagements gibt es nach wie vor einige Formen zivilgesellschaftlichen Engagements gegen die Korruption. Transparency International-Russia setzt seine Arbeit als Teil eines globalen Netzwerks fort. NAK (Nacionalny Antikorruptzionny Komitet, das Nationale Antikorruptionskomitee) setzt sein Engagement in Moskau und auf föderaler Ebene fort. INDEM präsentiert die Ergebnisse überregionaler Studien; Antikorruptionskoalitionen, die von USAID unterstützt werden, sind in mehreren russischen Regionen aktiv. Eine gesamtrossische Bewegung, Protiw Korruptzii (Gegen Korruption), ist 2005 entstanden. Die wenigen Gruppen, die sich ausdrücklich der Korruptionsbekämpfung widmen, sind

in Moskau basiert (regionale USAID-gesponserte Gruppen nehmen die Korruptionsbekämpfung meist zusätzlich als Nebenaufgabe wahr). Transparency International-Russia nutzt offiziell ausländische Fördermittel, da es aber mit der internationalen Transparency International-Bewegung verbunden ist, hat es auch Zugriff auf gut organisierte professionelle Konsultation und Austausch jenseits von Programmen für Fördermittel. Sowohl NAK als auch Protiw Korruptzii distanzieren sich absichtlich von ausländischer finanzieller Hilfe, bleiben aber für internationale Zusammenarbeit offen. NAK arbeitet eng mit Transparency International-Russia und INDEM zusammen. Dieses Cluster ist regierungskritisch und in mehreren russischen Regionen aktiv. Protiw Korruptzii arbeitet eher mit der Regierung zusammen und versucht, Antikorruptionsexperten aus allen russischen Regionen zusammenzubringen. Wenn es um die Unterschrift internationaler Vereinbarungen geht, interagiert die Antikorruptionskommission der Duma informell mit allen diesen Gruppen wie auch mit internationalen Organisationen, während aber letztere in Bezug auf die verschiedenen zivilrechtlichen Gruppen wenig Kenntnisse haben. Während diese verschiedene Strategien entwickeln, um innerhalb der vorhandenen internationalen und einheimischen Umgebungen zu arbeiten, unterstreichen solche Beispiele die Bedeutung eines besseren Verständnisses der vorhandenen aber diversen Potenziale für zivilrechtliches Engagement bei der Korruptionsbekämpfung. Darunter fällt auch das Bewusstsein für lokale Spannungen, die sich am Schnittpunkt von internationalen und einheimischen Bemühungen aufbauen.

Beweise, Schätzungen, Behauptungen... Kooperation oder Statuskonflikte?

Nach der Regierungskampagne gegen die ausländische Finanzierung von politisch tätigen NGOs ist das Attribut „po grantam“ (mit [ausländischen] Fördermitteln) in Russland nicht mehr unbedingt positiv besetzt. Im Gegensatz zum Engagement im Bereich der Menschenrechte und des Umweltschutzes stellen direkte Repression und Schikane von Seiten der Regierung weniger ernste Probleme für Antikorruptionsgruppen dar. Die wachsende staatliche Kontrolle über ausländische Mittel führt eher zu komplexeren Spaltungen in den Beziehungen zwischen ausländisch und russisch finanzierten Gruppen auf diesem Gebiet. Diese Spaltungen behindern die wesentliche Netzwerkarbeit innerhalb Russlands und ziehen negative Implikationen für Beziehungen zwischen dem Ausland und der lokalen Ebene nach sich. Wenn sich z.B. Protiw Korruptzii als eine neue

gesamtrussische Antikorruptionsbewegung darstellt, die ohne ausländische Finanzierung arbeitet, hat es mit dieser Begründung einen formalen Grund, nicht mit etablierten Organisationen wie INDEM und Transparency International-Russia zusammenzuarbeiten. Russische Experten, die der neuen Bewegung beitreten, blockieren ihrerseits ihren Zugang zu den letzteren Netzwerken. Es muss auch angemerkt werden, dass INDEM sich selbst und die Gültigkeit seiner Forschungsergebnisse gerechtfertigen musste, indem es bewies, dass die INDEM-Studie von 2005 aus russischen Quellen finanziert wurde (die Studie von 2001 war kritisiert worden, weil sie von ausländischen (Regierungs-) Stiftungen finanziert worden war). Die Tatsache, dass INDEM dank seiner international anerkannten Studien anscheinend ein Monopol auf Information über Korruption in Russland hat, wird als schädlicher Einfluss und als Dorn im Fleisch von Protiw Korruptzii verstanden. Letztere Organisation sieht die INDEM-Studie von 2005, die Russland eine wachsende Korruption bescheinigt, als „Ergebnis entweder von unprofessioneller Arbeit oder eines politischen Befehls“ und als Bedrohung für Russlands internationalen Ruf, nicht zuletzt auf dem globalen Energiemarkt. Beleidigende Artikel werden auf der Website von Protiw Korruptzii publiziert, die INDEM und seinen Präsidenten Georgi Satarow offen beschuldigen, das Problem der Korruption zu übertreiben, indem sie Zahlen in der Studie aus dem Jahre 2005 verwenden, die absichtlich unmöglich, nur Mutmaßungen und wahrscheinlich bestellt sind und die die „albernen“, aber folgenschweren, internationalen Ratings wie den Corruption-Perception-Index nähren. Protiw Korruptzii veröffentlicht mehr und mehr zusätzliche Information über Korruption und unterstreicht dabei das Problem, dass es kaum Vergleichsmaterial gibt. Die Bewegung warnte weiterhin vor einigen Monaten, dass das Thema Korruption auf internationaler Ebene zu einem „neuen Rammbock“ gegen Russland werden kann, ähnlich wie früher gegen die UdSSR gerichtete Anschuldigungen über Verletzungen der Menschenrechte, trotz einer fundamental unterschiedlichen Lage: Die russische Regierung erklärt der Korruption ständig den Kampf und nimmt an internationalen Antikorruptionsvereinbarungen teil. Nach dem G8-Gipfel 2006, der zu einer gemeinsamen internationalen Erklärung zum Kampf gegen die Korruption führte, stellt Protiw Korruptzii die internationale Initiative, der Kleptokratie den Kampf anzusagen, als US-amerikanisches Konzept dar, als neuen Marshallplan, und unterstreicht, dass Russland sich vielleicht entscheidet, selbst seine korrupten Beamten zu bekämpfen.

Es besteht zur Zeit die Gefahr, dass sich rhetorische Streitereien – die sowohl überregionale wie transnationale Dimensionen im Kampf gegen die Korruption annehmen können – verschärfen, während wirkliches Handeln gegen den gemeinsamen Feind, die Korruption, im Lärm untergeht. Solche Beobachtungen verlangen von Forschern und Praktikern mehr Einfühlungsvermögen im Hinblick auf zunehmend komplexe Spannungen über die Bewertung von Russlands Problemen mit der Korruption und über vorgeschlagene Gegenmittel am Schnittpunkt zwischen internationaler und lokaler Ebene. Ausländische Geber tendieren vielleicht verständlicherweise dazu, sich von lokalen Spaltungen zu distanzieren, dies geschieht jedoch auch häufig auf-

grund unzureichenden Wissens über die organisatorischen Strategien der Empfänger und wie sie im lokalen Kontext einzuordnen sind. Eine solche Distanzierung kann unabsichtlich lokale Spaltungen verschärfen. Während Hilfsprogramme für den Kampf mit der Korruption in den Regionen und auf föderaler Ebene fortgesetzt werden, ist die Frage immer noch offen, welche der Moskauer Antikorruptionsinitiativen schließlich die Führung bei der Integration von regionalen Aktivitäten übernehmen wird. Es muss unterstrichen werden, dass die Wirksamkeit von transnationalen Netzwerken beeinträchtigt werden kann, wenn Knotenpunkte, die im ganzen Land verstreut sind, durch ein (fragmentiertes) Zentrum ersetzt werden.
Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Dokumentation

Initiativen gegen Korruption in Russland (online Portale)

Duma Kommission für Gegenmaßnahmen gegen Korruption
(Michail Grischankow)

<http://www.duma.gov.ru/anticorcom/index.html>
http://www.grishankov.ru/KORR_PAGE.htm

Otschnaja stawka s Olegom Wakulowskim (Gegenüberstellung bei Oleg Wakulowski)
Samstags in Radio Rossija

<http://www.anticorr.ru/news/news134.html>
(Sendungsarchiv)

INDEM
(professioneller Think Tank, Demokratisierung, Antikorruption)

<http://www.indem.ru/>
<http://www.anti-corr.ru>

Transparency International Russia
(lokale Antikorruptions-NGO, mit globaler TI-Bewegung affiliert)

<http://www.transparency.org.ru/>

Protiv Korrupsii (Gegen Korruption)
(überregionale gesamt-Russische Antikorruptionsbewegung)

<http://www.anticorr.ru/>

Chronik

Vom 24. bis zum 30. November 2006

24.11.2006	Sprecher der niederländischen NGO „Stichting Russian Justice Initiative“ teilen mit, dass Rosregistracija, der Föderale Registrationsdienst, es am 15.11.2006 abgelehnt hat, die Organisation zu registrieren. Die Niederländer hatten u.a. tschetschenische Opfer von Behördenwillkür vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vertreten.
24.11.2006	Die Partei „Einiges Russland“ erweitert das Büro ihres Höchsten Rates. Auf dem Parteitag am 2.12. sollen u.a. Wladimir Jakunin, der Vorstandsvorsitzende des Eisenbahnkonzerns, und Sergej Tschemesow, der Generaldirektor des Rüstungsexportkonzerns „Rosoboronprom“ kooptiert werden.
24.11.2006	Russische Nachrichtenagenturen melden, dass die Auslieferung des Abwehrsystems Tor-M1 an den Iran begonnen hat. Die iranische Führung hatte Ende 2005 insgesamt 29 Raketenabwehrsysteme bestellt, die zum Schutz von Atomanlagen und Führungseinrichtungen dienen sollen.
24.11.2006	Die ORF-Russland-Korrespondentin Susanne Scholl wird während ihrer Arbeit in Tschetschenien von russischen Sicherheitskräften festgenommen, nach Inguschetien verbracht und nach Beschlagnahme des Filmmaterials freigelassen.
24.11.2006	Die EU und Russland vereinbaren auf dem EU-Russland-Gipfel in Helsinki die Überfluggebühren für EU-Flugzeuge auf dem Weg zu asiatischen Flughäfen ab 2007 zu reduzieren und 2014 endgültig abzuschaffen. Der Beginn der Gespräche über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen wurde durch Polen blockiert, das fordert, dass Russland vor Beginn der Gespräche sein Einfuhrverbot für polnisches Fleisch aufhebt und die Energiecharta unterzeichnet.
26.11.2006	In Chasawjurt (Dagestan) töten Sicherheitskräfte nach vierstündigem Feuergefecht fünf Untergrundkämpfer. Einer der Toten wird als Abu Chavs identifiziert, der als wichtigster Kontaktmann von al Quaida im Kaukasus gilt. Auf seiten der Sicherheitskräfte wird ein FSB-Beamter verwundet.
26.11.2006	Anhänger der weitgehend unbekanntenen Jugendorganisation „Mestnye“ (Hiesige) „überprüfen“ 20 Moskauer Märkten auf illegale Händler. Es kommt zu Zusammenstößen. Die Polizei nimmt insges. 80 Personen fest.
27.11.2006	Der russische Erdgaskonzern Gazprom kündigt an, dass er den Preis seiner Gaslieferungen in die EU 2007 um 15% erhöhen wird.
27.11.2006	Das Moskauer Stadtgericht verurteilt zwei Staatsanwälte wegen Bestechung zu vier Jahren Haft in einem Hochsicherheitsgefängnis.
27.11.2006	Die OECD legt ihren Wirtschaftsbericht über Russland vor und kritisiert die wachsende Rolle des Staates in der Wirtschaft, rät zu einer klaren Sparstrategie und plädiert für Reformen und eine wirksamere Korruptionsbekämpfung.
28.11.2006	Gipfeltreffen der GUS-Staaten in Minsk. Die Staatsoberhäupter diskutieren die Reform der GUS, kommen aber zu keinem Beschluß. Präsident Putin teilt mit, dass Russland den Importstopp für moldawischen Wein aufhebt. Die Ukraine, Belarus und Aserbejdshan vereinbaren eine Energiekooperation. Russische Pressevertreter protestieren dagegen, dass drei russischen Journalisten die Akkreditierung verweigert wird.
28.11.2006	Der Erdgaskonzern Gazprom und das staatliche kontrollierte Mineralölunternehmen Rosneft unterzeichnen eine Vereinbarung über eine weitreichende Zusammenarbeit bei der Erschließung von Öl- und Erdgasfeldern, der Förderung, dem Transport und bei der Verarbeitung von Mineralölprodukten. Die – sehr niedrigen – Inlandspreise sollen verdoppelt werden.
29.11.2006	Die russische Presse teilt mit, dass der Wirtschaftsreformer und ehemalige Stellvertretende Ministerpräsident Jegor Gajdar mit Symptomen einer Vergiftung im Krankenhaus liegt. Sein Zustand sei stabil.
30.11.2006	Die Ministerpräsidenten Russlands und der Ukraine, Fradkow und Janukowytch, erörtern in Moskau Fragen der bilateralen Beziehungen.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de